

Beschluss des Landrats vom 08.11.2018

Nr. 2294

- 20. Petition betreffend Anpassung des Konzessionsgebietes der Schweizer Salinen AG**
2018/586; Protokoll: pw, bw, ps
- 21. Salzgewinnung im Kanton Basel-Landschaft – wie weiter?**
2018/631; Protokoll: pw, bw, ps
- 22. Schweizer Salz auf die Tafel, nicht auf die Strasse!**
2018/465; Protokoll: pw, bw, ps
- 23. Entziehung der Konzession für die Salzförderung im Gebiet Rütihard**
2018/468; Protokoll: pw, bw, ps

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) klärt über das weitere Vorgehen auf. Die Geschäftsleitung hat beschlossen, die Geschäfte der Traktanden 20 bis 23, die sich alle mit der Salzgewinnung beschäftigen, verbunden zu beraten, wie in § 17a Absatz 2 Buchstabe j der Geschäftsordnung vorgesehen. Zuerst gibt es eine Debatte zu allen vier Traktanden. Danach wird einzeln über die Petition, das Postulat und die Motion abgestimmt.

Kommissionspräsident **Georges Thüring** (SVP) berichtet von der Beratung in der Petitionskommission. Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Petition, die von rund 6'200 Personen unterzeichnet wurde, zur Vorberatung an die Petitionskommission überwiesen. Die Petition verlangt, das Gebiet «Rütihard» in Muttenz für die Schweizer Salinen AG aus dem Konzessionsgebiet auszuschliessen und damit ein für die Agglomeration Basel wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung sowie ein wichtiges Landwirtschaftsgebiet für die Bauern in Muttenz zu erhalten. Der Petitionstext ist dem ausführlichen Kommissionbericht beigelegt.

Die Kommission hat sich im Rahmen zweier Kommissionsitzungen und einer Begehung eines Bohrfeldes in Möhlin sehr intensiv mit den Anliegen der Petentinnen und Petenten auseinandergesetzt. Zudem wurde auch eine Stellungnahme von der FKD verlangt, die für die Konzessionsverträge zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und den Salinen zuständig ist.

Der heutige Konzessionsvertrag läuft im Jahr 2025 aus. Die Salinen beantragen eine Verlängerung dieser Konzession, um die Salzversorgung in der Schweiz auch in Zukunft sicherstellen zu können. Die Rütihard ist gemäss Salinen von allen möglichen zukünftigen Abbaugebieten das am besten erforschte. Ab 2025 soll, nach weiteren zwei Sonderbohrungen sowie diversen Zusatzabklärungen, wie sie im Rahmen eines Baugesuchs und der Bohrbewilligungen vorgeschrieben sind, Salz auf der Rütihard im Solungsverfahren gefördert werden.

Die Petentinnen und Petenten befürchten, dass die geplante Erschliessung der Rütihard zur Salzgewinnung ein wichtiges Naherholungs- und Landwirtschaftsgebiet in Muttenz zerstören könnte. In Muttenz hat sich deswegen Widerstand gegen die Pläne der Saline formiert. Die Erstellung eines Bohrfeldes bringe Lärm mit sich und der Leitungsbau würde Kulturland zerstören. Es wird befürchtet, dass die Salzgewinnung sowohl für die Umwelt als auch für die Bevölkerung grosse Gefahren beinhalten könnte; wie beispielsweise die Versalzung von Grundwasser oder Geländeabsenkungen. Die bisherigen Studien würden nicht beweisen, dass auf der Rütihard eine sichere Salzgewinnung möglich sei. Auch Professor Huggenberger von der Universität Basel weist auf die Risiken hin. Deshalb soll, so die Petentinnen und Petenten, um die Rütihard von ungewissen Auswirkungen zu schützen, das Gebiet aus dem Konzessionsgebiet der Saline ausgeschlossen werden. Die Verantwortlichen der Salinen sowie der FKD legten in ihrer schriftlichen Stellungnahme und an den Anhörungen dar, dass sie gemäss interkantonalen Vereinbarung über den Salzverkauf in der

Schweiz dafür verantwortlich seien, jederzeit und zu gleichen Konditionen Salz liefern zu können. Die Salinen sind zudem bei der Umsetzung von Bauprojekten, welche für die Salzgewinnung notwendig sind, dazu verpflichtet, negative Auswirkungen auf die Anwohnerinnen und Anwohner, auf Liegenschaften und auf die Natur zu vermeiden. Bei allfälligen Schäden müssten die Salinen entsprechende Entschädigungen leisten. Es bestehe also kein Interesse, in einem Gebiet Salz abzubauen, wo mit Problemen gerechnet werden kann. Ökologisches Handeln sei eine Voraussetzung dafür, um in der Schweiz die Salzversorgung langfristig sicherstellen zu können.

Man lege zudem grossen Wert auf den Dialog zwischen den Salinen und den Direktbetroffenen, den Eigentümerinnen und Eigentümern, den Pächtern, Anwohnern und Interessensvertretern. Auf die spezifischen Bedürfnisse soll so gut wie möglich eingegangen werden. Weiter wurde eine neue Stelle geschaffen, welche die Anliegen und Interessen der Öffentlichkeit bei den Schweizer Salinen AG vertritt und einen direkten Zugang zum Geschäftsführer hat.

Von den Vorabklärungen, ob sich ein Gebiet für die Salzgewinnung eignet, bis zum produktiven Salzabbau vergehen in der Regel mehr als zehn Jahre. Für die Rütihard liegen bereits heute viele der notwendigen Studien vor; in keinem alternativen Gebiet könnte die Salzgewinnung innert nützlicher Frist stattfinden. Die aktuell erschlossenen Salzvorräte werden ca. 2025 zu Ende sein. Ohne die Erschliessung der Rütihard würde der Saline in der Schweizerhalle zu wenig Sole zur Verfügung stehen. Ihre Existenz, Arbeitsplätze und wichtige Aufträge für regionale Firmen, aber auch die Salzversorgung in der Schweiz wären gefährdet. Bei der Ausschliessung der Rütihard aus dem Konzessionsgebiet wäre mit einschneidenden negativen Auswirkungen zu rechnen, welche weit aus gravierender wären als ein verantwortungsbewusster Salzabbau.

Die Petentinnen und Petenten können nicht nachvollziehen, dass die Saline keinen Plan B haben, falls auf der Rütihard aus irgendeinem Grund kein Salz gewonnen werden kann.

Da sich die Petition vor allem auf die für den Menschen sicht- und spürbaren Gefahren des Salzabbaus bezieht, besuchten einige Mitglieder der Petitionskommission ein Bohrfeld in Möhlin, um sich vor Ort ein Bild bezüglich des Lärms und des Landschaftseingriffs zu machen. Es wurde festgestellt, dass sich die Emissionen in einem durchaus vertretbaren Rahmen bewegen. Pro Bohrung entsteht während etwa vier Wochen Lärm, in den nächsten Jahrzehnten wird das Salz jedoch geräuschlos, unterirdisch gefördert. Kurz nach der Inbetriebnahme einer Bohrstelle kann wieder Landwirtschaft betrieben werden. Auch sämtliche Freizeitaktivitäten sind in einem solchen Gebiet immer möglich. Es hat sich gezeigt, dass die Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Salzförderung ergeben können, wohl eher im Untergrund liegen.

Um sich Wissen bezüglich Gefahren und Risikoabschätzung fürs Grundwasser anzueignen, hat die Kommission in einer weiteren Sitzung die Verantwortlichen vom Amt für Umwelt und Energie (AUE) sowie zwei Geologieprofessoren eingeladen. Für die Erschliessung eines Bohrfelds, wenn denn eine Konzession vorliegt, muss ein Baugesuch eingereicht werden. In diesem Zusammenhang findet eine Umweltverträglichkeitsprüfung statt. Das AUE legt konkrete Auflagen für den Bau und den Betrieb einer Bohrstelle fest. Eine separate Bewilligung mit spezifischen Auflagen ist zudem für jede einzelne Bohrung nötig. Sowohl die Bauarbeiten als auch der Betrieb und die Grundwasserqualität werden vom AUE überwacht.

Ein regional wichtiges Thema sind unterirdische Lösungsprozesse, wie sie im Kalkgestein und eben in Salzlagern vorkommen. Solche Prozesse führen auch aufgrund natürlicher Ursachen zu Absenkungen im Gelände. Das AUE und die Salinen schätzen das diesbezügliche Risiko durch die heutige, moderne Salzbohrung als kaum existent ein.

Professor Huggenberger sieht dies anders. Er betonte, dass eine Änderung der Wasserzirkulation zu Lösungsprozessen und damit verbundenen Problemen führen könnte. Der Untergrund in Muttenz sei sehr komplex. Entsprechend müssten weitere fundierte Abklärungen stattfinden, um einer Verlängerung der Konzession mit gutem Gewissen zustimmen zu können.

Die Mitglieder der Petitionskommission haben nach intensiver Beratung festgestellt, dass die ober-

flächlichen Auswirkungen der Salzbohrung, auf welche die Petition hauptsächlich Bezug nimmt, nicht als gravierend bezeichnet werden können. Es ist aber wichtig, dass der Kanton nur dann eine Bohrbewilligung erteilt, wenn ausreichende Abklärungen und wissenschaftliche Erkenntnisse ein sicheres Bohren garantieren. Die Abklärungen sollen die Salinen in Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden und weiteren involvierten Kreisen vornehmen. Die in der Petition aufgezeigten Probleme und Fragen sollen auf jeden Fall eine wichtige Rolle in den Diskussionen zur Konzessionsverlängerung spielen.

Die Mitglieder der Petitionskommission beantragen dem Landrat einstimmig, von der vorliegenden Petition Kenntnis zu nehmen. Die Anliegen im Zusammenhang mit der Petition sollen zu gegebener Zeit in der parlamentarischen Beratung über den neuen Konzessionsvertrag durch die zuständige Fachkommission geprüft werden.

– *Eintretensdebatte*

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bedankt sich bei allen Beteiligten für den ausführlichen Kommissionsbericht. Die Geschichte der Schweizer Salinen reiche über 450 Jahre zurück. Salz gehört zu den lebensnotwendigen Lebensmitteln und ist ein hervorragendes Konservierungsmittel. Der Salzeinsatz hat auch in der Industrie eine grosse Bedeutung und trägt zur Mobilitätssicherheit aller bei. Man denke an den bevorstehenden Winter und an das Chaos, welches durch spiegelglatte Strassen ausgelöst werden könnte. Alle Verkehrsteilnehmer wären gefährdet; auch die Fussgänger können sich bei Rutschgefahr schwere Verletzungen zuziehen. Salz ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Wohlfahrt.

Die Petenten wollen erreichen, dass die Rütihard vom bis zum 2025 geltenden Konzessionsgebiet ausgeschlossen werden soll. In der Petitionskommission haben sämtliche Akteure – Petitionäre, die Sachverständigen des Kantons, Geologiespezialisten wie auch die Sachverständigen der Schweizer Saline AG – ihre Anliegen und Erklärungen anbringen können. Auch der abschliessende Besuch auf dem aktiven Bohrfeld in Möhlin war für die Mitglieder der Petitionskommission sehr aufschlussreich. Dabei konnte festgestellt werden, dass sowohl auf die Natur als auch auf die Bevölkerung grosse Rücksicht genommen wurde und wird. Auch die verantwortlichen Stellen des Kantons und der Schweizer Saline AG sind sich bewusst, dass sie in einem hochsensiblen Umfeld tätig sind. Und dies seit über 180 Jahren erfolgreich. Sie werden alles Mögliche unternehmen, dass auch in Zukunft der Weiterbetrieb der Salinen AG zum Wohl unserer Gesellschaft Bestand haben kann.

Sämtliche Details sind dem ausführlichen Kommissionsbericht zu entnehmen. Der Redner hofft, dass alle ihn gelesen und auch verstanden haben. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht der Petitionskommission wohlwollend zur Kenntnis.

Zu den Traktanden 21, 22 und 23: In der Interpellation «Salzgewinnung im Kanton Basel-Landschaft – wie weiter?» wurden gute Fragen gestellt, welche dann auch sehr kompetent beantwortet wurden. Die Beantwortung ist abschliessend, ausführlich und für die SVP-Fraktion schlüssig. Sie wird als Ergänzung zum Kommissionsbericht zur Kenntnis genommen.

Zum Postulat «Schweizer Salz auf die Tafel, nicht auf die Strasse!»: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die SVP-Fraktion kommt zu einem anderen Schluss. Gerade das Werk Schweizerhalle der Schweizer Salinen AG produziert hauptsächlich hochwertiges Tafelsalz. Deshalb ist das geplante Abbaugelände Rütihard so wichtig. Das Werk Rheinfelden/Möhlin-Riburg produziert grösstenteils Industriesalz. Gemäss dieser Situation ist das Postulat überflüssig und deshalb abzulehnen. Die Forderung ist bereits erfüllt.

Zur Motion «Entziehung der Konzession für die Salzförderung im Gebiet Rütihard»: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die SVP-Fraktion lehnt sowohl eine Motion als auch ein allfälliges Postulat ab. Bereits im Bericht der Petitionskommission und in der ausführlichen Beantwortung der Interpellation wurde die Situation objektiv erklärt. Zudem sind kei-

ne neuen Erkenntnisse zu erwarten.

Eigentlich handelt es sich bei diesen beiden Vorstössen um eine reine Trittbrettfahrerei, wurde doch bereits alles akribisch erklärt. Dies könnte man auch als Profilierungsneurose bezeichnen. Mit diesen beiden Vorstössen wird die Verwaltung zusätzlich und unnötig beschäftigt. Alle haben den Auftrag, mit Steuergeldern haushälterisch umzugehen. Solche Vorstösse führen zum Gegenteil. Die SVP-Fraktion lehnt die beiden Vorstösse grossmehrheitlich ab.

Sandra Strüby-Schaub (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion von der Petition Kenntnis nehme. Bei der Vergabe der Konzession muss dem Anliegen der Petentinnen und Petenten unbedingt Rechnung getragen werden. Die SP möchte aber ausdrücklich festhalten, dass unbedingt abgeklärt werden muss, mit welchen Folgen im Untergrund gerechnet werden muss. Die Auswirkungen auf die Oberfläche werden als gering resp. als nicht sehr beeinträchtigend erachtet. Natürlich ist die Salzgewinnung für die Region von Bedeutung. Die Folgen und allfälligen Folgeschäden dürfen jedoch nicht ausser Betracht gelassen werden. Sorgfältige Abklärungen vor der Konzessionsvergabe sind unabdingbar. Die SP-Fraktion nimmt vom Kommissionsbericht Kenntnis. Die Vorstösse von Mirjam Würth werden unterstützt.

Rolf Blatter (FDP) beginnt mit den Einsatzmöglichkeiten von Salz. Es ist allen klar, dass Salz nicht nur täglich auf dem Teller zu finden ist, sondern auch auf Strassen und dass Einsatzmöglichkeiten in den Bereichen Industrie, Pharma und Medizin bestehen.

Die Schweizer Salinen AG gehört allen Kantonen inkl. dem Fürstentum Liechtenstein. Dieser Kreis hat beschlossen, dass mindestens bis Ende des laufenden Jahrhunderts mit Solungsverfahren zur Gewinnung von Seidensalz weiterzufahren ist. Im gleichen Zusammenhang gilt es zu erwähnen, dass das Salzvorbau in der Schweiz noch für mehrere Jahrhunderte reicht. Laufend ist das Unternehmen daran, andere Salzvorkommen zu evaluieren und geologisch, geotechnisch, sicherheitsmässig und logistisch zu untersuchen.

Weiter ist zu bemerken, dass das Unternehmen Schweizer Salinen AG etwa 200 Arbeitsplätze bietet. Wenn dem Unternehmen nun über die Motion Würth die Konzession entzogen würde, in der Rütihard bohren zu dürfen, wäre die Existenz des Unternehmens bedroht. Dies wäre ein ganz schlechtes Zeichen an die regionale Wirtschaft.

Bezüglich alternativen Standorten oder dem sogenannten Plan B: Selbstverständlich gibt es andere Salzvorkommen in der Schweiz. Aber die Vor- und Aufbereitung eines neuen Standorts dauert inkl. der Bewilligungsphase zwischen zehn und 15 Jahre. Wenn 2018 oder 2019 Rütihard ausgeschlossen und ein neuer Standort gesucht wird, dann führt dies zu einer Versorgungslücke.

Im Übrigen gibt es einen Auftrag der Eidgenossenschaft, Salz im Inland aus eigener Produktion herzustellen. Das sogenannte Salzregal. Dieser Auftrag könnte gar nicht mehr erfüllt werden. Eine Alternative, die in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt wird, ist das Importieren von Salz. Es gibt kein grösseres europäisches Land, das Salz importiert. Alle Länder, die über Salzvorkommen verfügen, bauen dies in Eigenregie ab und stellen es zur Verfügung. Im Übrigen gibt es auf dem europäischen Salzmarkt eine Verknappung. Die Schweizer Rheinsalinen AG wird immer wieder aus dem Ausland angefragt, ob Salz nicht exportiert werden könne. Importieren ist also gar nicht so einfach. Dazu kommt, dass man bei Importen aus dem Ausland höchstwahrscheinlich auf Salz aus Meerwasserentsalzungsanlagen zurückgreifen muss. Dieses Salz hat ganz andere chemisch/technische Eigenschaften. Insbesondere hätte das negative Konsequenzen für den mit Abstand grössten Anwendungsbereich, nämlich die Strasse. Von 600'000 Tonnen Salz im Jahr gehen je nach meteorologischer Situation etwa die Hälfte, also 300'000 Tonnen, auf die Strasse. Rechnet man zu importierende 300'000 Tonnen Salz in Lastwagen à 20 Tonnen um, hätte dies zur Folge, dass während 200 Tagen 75 Lastwagen à 20 Tonnen in die Schweiz fahren. Wie ökologisch dies wäre, ist eine andere Diskussion. Dazu kommt, dass die Qualität von aus Meerwasser gewonnenem Salz anders ist. Es gibt andere Feuchtigkeitsbestände. Dies muss bei der

Lagerung berücksichtigt werden. Salz aus Meerwasser kann gefrieren. Dies zu vermeiden ist aufwändig. Auch sind Verunreinigungen in Salz aus Meerwasser deutlich höher. Dies hätte eine Anreicherung von Fremdpartikeln in der Grössenordnung von 6'000 Tonnen/Jahr zur Folge, welche auch auf Strassen geleert würden. Gibt es kein eigenes Salz, müssten aus strategischen Gründen zusätzliche Lagerkapazitäten gebaut werden, um bei einer allfälligen Verknappung über eigene Reserven zu verfügen. Dies ist mit Kosten verbunden, nebst dem strategischen Nachteil, sich in die Abhängigkeit ausländischer Lieferanten begeben zu müssen.

Um bei der Strasse zu bleiben: Die Effizienz von Seidesalz, das aus der gesolten Quelle stammt, ist deutlich höher, als von Auftausalz, das aus Meersalz gewonnen wird. Seidesalz kann als Flüssigkeitsfilm auf die Strasse gespritzt werden. So braucht man pro Quadratmeter Strasse deutlich weniger Salz, als bei Streusalz aus der Produktion von Meerwasser.

Die Schweizer Saline AG ist laufend in Kontakt mit diversen Interessensgruppen wie Besitzer, Nachbarn, Fussgänger, Reiter, Vereine, Umweltschutzverbände, etc. und zeigte sich jeweils sehr kulant. Den Bedenken bzgl. Beeinträchtigungen in Sachen Lärm und optischem Erscheinungsbild wird insofern Rechnung getragen, als dass die ganzen Installationen unterirdisch platziert würden. So würde man pro Bohrfeld lediglich noch einen Gussdeckel sehen.

Der Redner nutzte die Gelegenheit, anlässlich einer Besichtigung der Saline in Riburg eine Schalldruckpegelmessung mit seinem Natel durchzuführen. Einzelne Bohrfelder haben eine Fläche von 15x15m. Die ganze Rütihard ist 2 Kilometer lang und 400 Meter breit. Das Bohrfeld ist eingerahmt mit Schallschutzwänden. Der Votant mass mit seinem Natel zehn Meter vor dem Bohrturm knapp 70 dB. Dies entspricht dem Schalldruckpegel eines Natels. Hinter der Schallschutzwand konnten noch 58 dB gemessen werden, was einer normalen Konversation entspricht.

Die Petitionskommission liess sich von den Fakten überzeugen und kam zum Schluss, dass die Horrorszenarien, welche an die Wand gemalt wurden, nicht eintreten werden. Die FDP-Fraktion nimmt aus diesen Gründen die Empfehlung der Petitionskommission zur Kenntnis. Zu den Vorstössen wird nochmals kurz Stellung genommen. Die Motion Würth wird von der FDP-Fraktion, auch in der Form eines Postulats, grossmehrheitlich abgelehnt.

Stephan Ackermann (Grüne) möchte den Fokus auch auf andere Fragestellungen legen. Beispielsweise auf die Problematik der Verknüpfung zwischen der Schweizer Salinen AG und dem Kanton Basel-Landschaft resp. der FKD. Es besteht eine enge Zusammenarbeit und somit auch eine Abhängigkeit. Wer erteilt die Konzessionen? Hier besteht ein klarer Interessenskonflikt. Das ist eine schlechte Ausgangslage.

Der Plan B schockiert den Redner. Wenn man sich überlegt, dass sozusagen die nationale Sicherheit von der Erteilung der Konzession abhängig ist, ist die Strategie des Unternehmens zu kritisieren. Der Votant hofft, dass ein wirklicher Plan B existiert. Wenn nicht, dann sind da die falschen Personen am Werk und es müsste unbedingt eingegriffen werden. Diesbezüglich ist es von Vorteil, hat der Kanton einen direkten Draht zur Schweizer Salinen AG, um allfällige Wechsel einleiten zu können.

Es besteht ein klarer Konflikt zwischen Naherholung und Salzgewinnung. Diese Themen werden unterschiedlich gewichtet. Der Redner sieht ein, dass die Lärmbelastung nach einem Jahr nicht mehr vorhanden sein wird. Die Salzgewinnung findet im Untergrund statt. Da ist aber der Hund begraben. Es ist festzustellen, dass Geologen nicht immer die gleiche Meinung haben. Es liegt eine ausführliche geologische Studie bezüglich Rütihard vor, die eine sichere Salzgewinnung garantiert. Andererseits hat man auch Folgendes Schwarz auf Weiss: «Sollten sich Änderungen in den Grundwasserströmungen ergeben und das Trinkwasser in der Folge versalzen, wäre dies für die Versorgung der Muttenzer Bevölkerung fatal.» Was macht man nun also mit diesen Aussagen? Der Votant hat Verständnis für die mehr als 6'000 Muttenzer, welche die Petition unterschrieben haben.

Die Thematik ist im Zusammenhang zwischen Wirtschaftlichkeit und Ökologie zu betrachten. Es ist verständlich, möchte die Schweizer Salinen AG im Gebiet Rütihard Salz abbauen. Der ökologische Aspekt ist jedoch auch zu beachten und man muss sich überlegen, wer schlussendlich das ökologische Risiko trägt. Solange die Gefahr besteht, dass etwas in Bezug auf das Trinkwasser oder Bodenabsenkungen schief geht, dürfen keine Experimente gemacht werden. Wer trägt diesbezüglich neben den Direktbetroffenen das Risiko? Wer deckt die finanziellen Risiken ab? Geht dies einzig auf Kosten der Schweizer Salinen AG?

Der Votant findet sehr gut, dass vor der Erteilung der Bohrbewilligung nochmals alles angeschaut und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss. Es ist wichtig, dass dies von unabhängigen Experten erledigt wird. Können Experten seitens Saline oder Kanton als unabhängig betrachtet werden? Braucht man mindestens zwei Meinungen? Jetzt gibt es bereits zwei Experten, die zu unterschiedlichen Schlüssen gekommen sind.

Zentral ist, dass das Trinkwasser nicht gefährdet sein darf. Vonseiten Saline müssen Garantien und unterzeichnete Verpflichtungen vorliegen, die es erlauben, die Saline auch zur Rechenschaft zu ziehen. Bisher haftet ausschliesslich die Schweizer Salinen AG für alle Schäden, die dem Kanton oder Dritten durch die Ausübung der Konzessionsrechte, insbesondere Bohrung, Auslaubung und Senkung, entstehen. Von Trinkwasser steht in den vorhandenen Unterlagen nichts.

Der Votant begrüsst die zentrale Forderung der Petitionskommission. Die Abarbeitung und Klärung dieser Punkte vor der allfälligen Erteilung einer Konzession wird von der Grüne/EVP-Fraktion voll und ganz unterstützt.

Noch ein kleiner Nachtrag in Bezug auf den Salzkonsum: Salz ist Leben. Sowohl auf der Strasse, wie auch auf dem Teller. Es muss jedoch darauf geachtet werden, in welchem Verhältnis wir uns Salz zu Gemüte führen. Sowohl beim Essen, wie auch auf der Strasse. Salz ist ein Gut, mit dem sorgfältig umgegangen werden muss. Man muss sich überlegen, wie viele Tonnen jährlich auf die Strassen gestreut werden sollen. Es gibt technische Alternativen, beispielsweise wässrige Lösungen. Das Postulat geht genau in diese Richtung und wird auf jeden Fall unterstützt. Die Motion wird nach dem bisherigen Wissensstand ebenfalls von der Grüne/EVP-Fraktion unterstützt.

Markus Dudler (CVP) ist über die Voten der Vorredner erstaunt. Gerade was das Erholungsgebiet Rütihard betrifft, kam die Petitionskommission einstimmig zu einem anderen Schluss. Die Kommission stellte die Frage nach dem Fleisch am Knochen der Petition. Die zweite Frage war, wo der Knochen überhaupt zu finden sei. Die Petenten antworteten, dass die Knochen an der Oberfläche zu finden seien. Themen wie Einschränkungen der Landwirtschaft, des Naherholungsgebiets, Lärm, Landschaftsschutz, etc. wurden genannt. Diese Knochen konnten jedoch auch anlässlich einer Ortsbesichtigung in Möhlin nicht gefunden werden. Die Schweizer Salinen AG selbst hat darauf hingewiesen, dass die Knochen allenfalls beim Salzabbau im Untergrund zu finden seien. Bei der genauen Analyse der Techniken im Untergrund fand die Kommission jedoch nur bedingt Fleisch.

Die CVP/BDP-Fraktion folgt deshalb dem Antrag der Petitionskommission im Wissen, dass die im Untergrund gefundenen Knochen noch anlässlich der Konzessionsvorlage, dem Baugesuch und der Bohrbewilligung genauer untersucht werden. Eine unabhängige Expertise wird als zwingend erachtet, auch wenn die Schweizer Saline AG als langjähriger und vertrauenswürdiger Partner gilt. Aus den erwähnten Gründen und zur Sicherstellung des Standorts Schweizerhalle lehnt die CVP/BDP-Fraktion die Motion von Mirjam Würth entschieden ab. Auch die Umwandlung der Motion in ein Postulat wird als falsches Zeichen erachtet.

Zum Postulat von Mirjam Würth: Die CVP/BDP-Fraktion möchte sicherstellen, dass jede Schweizer Gemeinde zu den gleichen Konditionen Auftausalz besorgen kann. Generell ist zu erwähnen, dass das Streuen von Salz im Winter extrem CO₂- und energieintensiv ist. Das ist nicht optimal. Der Einsatz muss demnach möglichst gezielt und optimiert stattfinden. Zumindest der Einsatz von

Sole ist in der Region sehr sinnvoll. Gerade für die Speisesalzproduktion ist der Standort Schweizerhalle entscheidend für die Schweizer Saline AG. Das Abbaugelände Rütihard ist dabei ein wichtiges Puzzleteil. Aus diesen Gründen kann die CVP/BDP-Fraktion mit dem Postulat leben, da es nicht generell um die Thematik Salzabbau geht, sondern um die Mikroplastikbelastung des Salzes aus dem Meer.

Daniel Altermatt (glp) fand die bisherigen Vorträge über Salzabbau, Salzverwendung und Abhängigkeit von Salz schön. Das Thema ist komplex und muss aus gesamtheitlicher Perspektive betrachtet werden. Für die Glp/GU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die Abbaumethoden auf Basis weiterer Abklärungen im neuen Konzessionsvertrag nochmals angeschaut und allenfalls entsprechende Vorgaben gemacht werden. Genauso selbstverständlich ist, dass dies Teil eines grösseren Projekts in der ganzen Schweiz ist. Zusammenarbeit ist gefordert und es kann nicht ein Einzelstück herausgeschnitten werden. Das ist St. Florianpolitik und geht nicht.

Salz ist lebenswichtig. Das möchte man möglichst im eigenen Land abbauen, um die Kontrolle darüber zu haben. Jedoch sind nicht sämtliche Verwendungen von Salz überlebenswichtig. Insofern ist es auch richtig, sich Gedanken über das Mengenproblem zu machen. Was braucht man wirklich, was nicht unbedingt und was kann man aus anderer Quelle beziehen? Kurz gesagt: Das Postulat wird als wichtig angesehen, macht man sich doch da Gedanken zur Verwendung. Die Motion macht hingegen keinen Sinn, möchte sie doch ein einzelnes Gebiet rausnehmen. Die glp/GU-Fraktion unterstützt die Überweisung nicht. Der Petitionskommission ist ein Kränzlein zu winden. Sie hat sich Mühe gegeben und einen ausführlichen Bericht verfasst. Die Beantwortung der Interpellation durch den Regierungsrat ergänzt den Kommissionsbericht. Die glp/GU-Fraktion nimmt Kenntnis von der Petition, lehnt die Motion ab und überweist das Postulat.

Mirjam Würth (SP) zu ihren beiden Vorstössen: Diese entstanden im Zusammenhang mit der Bewegung in Muttenz, als es darum ging, dass sich Betroffene für ihren Lebensraum zu wehren begonnen hatten. Es geht aber um eine grössere Frage. Salz ist eine unheimlich wertvolle Ressource. Salz ist die Lebensgrundlage aller. Das Thema, wie mit Salz umgegangen wird, ist zentral. Die Rednerin lässt eine Grafik auflegen, die aufzeigt, dass die Salzmenge auf den Strassen seit 1992 zweieinhalb Mal grösser geworden ist. Dies unter dem Eindruck der globalen Erwärmung und dem seither eingesetzten generellen Wachstum des Umweltbewusstseins. Lange gab es die Strategie, Gemeindestrassen nicht mehr schwarz zu räumen. Diverse Gemeinden liessen sich als Energiestädte zertifizieren. Einer der Massnahmen ist, dass man insgesamt ökologischer arbeitet. Vor diesem Hintergrund ist der zentrale Punkt der Rednerin die Verwendung des Salzes und wie lange die endlichen Ressourcen reichen. Grundsätzlich ist sie der Ansicht, es brauche viel weniger Salz. Wie viel Salz soll auf die Strasse und in welcher Form? Es ist seit mindestens 20 Jahren allseits bekannt, dass das Ausbringen von Salz in Form von Sole, also flüssig, zu höherer Effizienz führt. Die beiden Vorstösse dienen dazu, sich über das Mengengerüst Gedanken zu machen. Die provokative Forderung, das Gebiet Rütihard rauszunehmen hat dazu geführt, dass in der Gemeinde Muttenz ein Meinungsbildungsprozess stattfindet, der zu einem Standpunkt führt. Gleichzeitig ist auch der Kanton Basel-Landschaft versucht, einen Standpunkt zu fassen. So interpretiert die Rednerin den Willen des Regierungsrats, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die Motion wurde als ultima ratio eingereicht. Die Umwandlung in ein Postulat ist richtig und wird von der Motionärin befürwortet. Der gestiegene Salzverbrauch auf den Strassen wird mit dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis begründet. Auf der anderen Seite konnte in den letzten vierhundert Jahren mit weniger Salz viel strengere Winter überstanden werden. Wo Kinder früher schlitteln konnten, werden die Strassen heute schwarz gesalzen. Das ist schade. Aus ökologischen Überlegungen ist der hohe Salzverbrauch auf den Strassen auch problematisch. Heute ist eines der wichtigsten Kriterien für einen Baum, der neben einer Strasse gepflanzt wird, wie salzresistent dieser ist. Dabei sollten doch andere Kriterien entscheidend sein, wie ob der Baum hierhergehört, hier wächst und

dem Klimawandel standhält. Den unendlich hohen Salzverbrauch auf den Strassen stellt die Votantin aus ökologischen Gründen in Frage. In diesem Sinne sind die beiden Vorstösse zu verstehen. An Rolf Blatter: Anstatt mit Lastwagen könnte das Salz auch per Zug oder Schiff geliefert werden.

Simon Oberbeck (CVP) nimmt zur Beantwortung seiner Interpellation Stellung. Der Redner dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort. Diese zu lesen hätte das eine oder andere Referat der Vorrednerinnen und Vorredner überflüssig gemacht und Sitzungszeit gespart. Das Ziel der Interpellation war, die emotionale Diskussion zu versachlichen. Im Kern geht es um eine Verteufelung von Salz. Man redet nicht von Fracking, irgendwelchen Gasbohrungen oder Ölbohrungen. Man redet von Salzbohrungen. Salz ist einer der wenigen Rohstoffe der Schweiz. Darauf kann man stolz sein. Import kann bei Salz keine Lösung sein. Was macht man bei starkem Schneefall? Soll man dann auf einen Salzproduzenten in Marokko setzen? Dass dieser die Schweiz bevorzugen, ist Wunschdenken. Es ist wichtig, Salz in der Schweiz zu produzieren. Wenn ein Gebiet vorhanden ist, das in einer 50-jährigen Planung als nächstes erschlossen werden soll, dann müssen die ökologischen Aspekte abgeklärt werden. Grundsätzlich muss man der Sache aber positiv gegenüberstehen. Ein Stopp aller Diskussionen ist nicht richtig. Die emotionale Debatte muss versachlicht werden, sodass am Schluss eine saubere Entscheidung über die Neukonzessionierung gefällt werden kann. Es gilt vorwärts zu schauen, sachlich zu bleiben und die Emotionen beiseite zu lassen.

Urs Kaufmann (SP) meint, Simon Oberbeck habe die bürgerliche Meinung gut auf den Punkt gebracht. Es wird eine positive Grundhaltung gefordert und auf die tollen Berichte verwiesen, die aufzeigen, dass eigentlich schon alles abgeklärt wurde. Der Kanton solle also zügig vorwärts machen und die Konzession möglichst schnell erteilen, da sonst eine Versorgungslücke drohe. Man müsste nicht mehr genau hinschauen. Aus Sicht des Redners ist das dezidiert falsch! Die Prüfungen müssen ergebnisoffen stattfinden und es müssen alle Experten angehört werden. Es gibt diverse kritische Stimmen. Die vorgefasste Meinung, die Konzession erteilen zu müssen, ist falsch. Das ist ein völlig falsches Signal. Die Stimmen von Hans Rudolf Schafroth und Rolf Blatter erschrecken. Erst auf der Basis, dass alle kritischen Stimmen angehört wurden, kann über die Erteilung der Konzession entschieden werden. Der Redner hofft ebenfalls, dass die Vorabklärungen der Schweizer Saline AG genügend gut waren und sich all dies bestätigen im Rahmen der ergebnisoffenen Prüfungen bestätigen wird. Die SP-Fraktion ist dezidiert dagegen, nun aber blauäugig die bisherigen Abklärungen hinzunehmen und zu entscheiden. Es wäre verheerend, würde man in ferner Zukunft Bodensenkungen oder Probleme mit dem Trinkwasser haben.

Christine Frey (FDP) meldet sich zu diesem Thema, weil sie damals Petition und Postulat mitunterzeichnet habe. Zu diesem Zeitpunkt waren der Rednerin die geplanten Salzbohrungen grundsätzlich ein Dorn im Auge. Die Votantin gibt zu, dass ihr damaliger Wissenstand keine sachliche, sondern eine rein emotionale Beurteilung der Sachlage zur Folge hatte. Klaus Kirchmayr hat das geschickt ausgenutzt, als er der Sprecherin die beiden Unterschriftenbogen am entsprechenden Landratsmorgen um 10:13 Uhr vorgelegt hatte. *[Heiterkeit]*

Unterdessen hat sich die Votantin mit dem Thema auseinandergesetzt, was zu einer revidierten Meinung geführt hat. Es stellte sich die Frage, ob es Alternativen zu unserem Salz gibt und in welchem Mass das Naherholungsgebiet tatsächlich tangiert würde. Um beurteilen zu können, ob auch Salz aus dem Ausland für den Winterdienst geeignet ist, muss aber zwingend die Qualität der Alternativen beurteilt werden. Ist die Qualität nicht gleich hoch, wie das hiesige Salz, muss die Salzgewinnung auf der Rütihard neu beurteilt werden. Es steht ausser Zweifel, dass die Strassen so schnell wie möglich von Schnee und Eis befreit werden müssen. Aus wirtschaftlichen Gründen ist dies unerlässlich. Als Alternative kämen entweder Meer- oder Steinsalz in Frage. Beide Produkte

weisen aber wesentliche Nachteile gegenüber dem Schweizer Siedesalz auf in punkto Menge, Verschmutzung der Strassen und Logistik oder auch Verfügbarkeit.

Im Postulat geht es um die Frage, ob unser gewonnenes Salz im Spaghettwasser oder auf unseren Strassen landen soll. Die erwähnten Nachteile in der Anwendung von Stein- oder Meersalz lassen klar den Schluss zu, dass eine Abkehr vom heutigen System weder angezeigt, noch begründbar ist. Im Gegenteil, sie würde zu einer Verschlechterung eines gut funktionierenden Versorgungssystems führen.

Zum Thema Naherholungsgebiet hat sich die Votantin mittlerweile davon überzeugen lassen, dass die Rütihard nur marginal beeinträchtigt würde und die Saline bereit ist, grösstmögliche Rücksicht zu nehmen und mit den Umweltorganisationen zusammenarbeiten wird. Aus diesen Gründen änderte die Rednerin ihre Meinung. Das Postulat wird weiterhin unterstützt, weil eine öffentliche Diskussion wichtig ist, aber der Petition entzieht sie ihre Unterstützung.

Noch kurz zur Frage, wieviel Salz auf die Strasse soll. Es muss so wenig wie möglich und so viel wie nötig verwendet werden, um die Benutzung der Strassen sicherzustellen. Noch kurz für unser Vorstellungsvermögen, wieviel Salz pro m² verwendet wird im Strassenunterhalt: Wer einen eigenen Garagenplatz hat und mit einem Kessel und Schaufel grosszügig Salz verteilt, kann davon ausgehen, dass er etwa 95 % zu viel verwendet. Im Strassenunterhalt wird dies professionell gehandhabt nach dem genannten Motto so wenig wie möglich und so viel wie nötig.

Klaus Kirchmayr (Grüne) konzentriert sich auf drei bislang noch nicht genannte Argumente.

1. Es ist nicht das erste Mal, dass der Landrat vor dieser Konzessionsfrage steht. Bereits vor zehn Jahren war dies der Fall und die Frage wurde damals ausführlich behandelt. Ein wichtiges Thema in der damaligen Diskussion, vor allem in der Finanzkommission, war, wie die langfristigen Perspektiven aussehen. Es wurde ausführlich und glaubwürdig versichert, dass es in der Region noch für 400 Jahre Salz gebe. Jetzt soll es nur noch möglich sein, in der Rütihard zu bohren. Das geht nicht auf und zeigt, dass nicht ergebnisoffen und vorausschauend überlegt wurde, wo es nicht nur ökonomisch und logistisch Sinn macht zu bohren, sondern wo allenfalls Menschen vom Thema emotional betroffen sind. Es gibt mehr als genug Salz. Für alle die es nicht wissen: Auf dem grössten Salzvorkommen sitzen wir gerade. Die Salzschicht ist unter dem Dorfkern von Liestal am mächtigsten, nämlich 70 Meter dick. Da könnte man am meisten abbauen.

2. Es besteht in diesem Fall ein kleineres Corporate Governance Problem. Der Finanzdirektor ist in diesem Thema Mitspieler und Schiedsrichter. In der Vergangenheit zeigte sich, dass es wichtig ist, mit dieser Rolle sehr sorgfältig umzugehen.

3. Dieser Punkt erstaunte den Redner in der heutigen Debatte sehr. 6'000 Menschen haben die Petition unterschrieben. Das sollte bei Parlamentariern etwas auslösen. Gerade vor kurzem ging es in Zwingen um etwas ähnliches, um eine Trinkwasserquelle. Auch da gab es Petitionen. Menschen reagieren emotional. Der Apell nach Sachlichkeit und Abkehr vom emotionalen Aspekt erstaunt. Das ist blauäugig. Das Thema ist, bleibt und wird immer emotional sein. Politik wird schlussendlich von und für Menschen gemacht. Diese Menschen haben in der Demokratie Rechte und wehren sich. In diesem Sinne freut sich der Redner bereits heute auf die Volksabstimmung.

Thomas Noack (SP) ist selber Geologe und kennt seine Berufskollegen gut. Die beiden äussern unterschiedliche Meinungen. Ganz wichtig ist, dass nie absolute Sicherheit gegeben werden kann. Eine bestimmte Unsicherheit in Bezug auf Konsequenzen, Bodensenkungen und Grundwasser wird es immer geben. Die Problematik ist, dass lediglich ein Standort angeschaut wird. Das Risiko für diesen Standort kann abgewogen werden. Kommt man zum Schluss, dass es Salzabbau in der Region braucht, müssten die Risiken verschiedener Standorte gegeneinander abgewogen werden. Die Schweizer Saline AG hat diverse weitere Probebohrungen in der Region durchgeführt. Die Auswertung der Untersuchungsergebnisse der anderen Standorte liegt jedoch nicht vor. Die Eva-

luation der Rütihard gegenüber anderen Standorten ist jedoch die zentrale Frage im Zusammenhang mit der Konzessionserteilung.

Felix Keller (CVP) weist darauf hin, dass in der Region seit 1836 Salz abgebaut werde. In der laufenden Diskussion entsteht das Gefühl, man entscheide zum ersten Mal über die Erteilung einer Konzession. Seit 180 Jahren weiss die Rheinsaline wie man bohrt und Salz gewinnt. In den ersten 50 Jahren mussten im Baselbiet dank des Salzabbaus keine Steuern gezahlt werden. Das waren goldene Zeiten.

Zum Vorschlag, Salz zu importieren. Das Salz ist zu 10 % verunreinigt. Geht man von Rolf Blatters Rechenbeispiel aus und importiert 300'000 Tonnen Salz pro Jahr, dann sind 30'000 Tonnen Verunreinigungen. Dies entspricht etwa 1'200 Lastwagenfüllungen mit Dreck, der auf die Strassen gekippt würde. Das will man nicht. Insofern kann man froh sein, verfügt man über Salz vor Ort, das für den Winterdienst verwendet werden kann. Der Redner geht davon aus, dass auch mit Salz haushälterisch umgegangen wird. Primär geht es darum, auch die Sicherheit im ÖV zu gewährleisten, dass also die Strassen hauptsächlich gesalzen werden, wo Busse verkehren. Thomas Noack hat es bereits erwähnt: Es gibt keinen Geologen, der sagt, es bestehe keinerlei Risiko. Geologen sagen immer: «Es könnte sein, dass...» Entsprechend sind die Berichte verfasst. Die Geologen machen Sondierbohrungen. Was aber einen Meter links oder rechts davon zu finden ist, kann kein Geologe sagen. Ein Restrisiko bleibt immer. Dessen ist sich die Schweizer Saline AG aufgrund ihrer 180-jährigen Erfahrung sicherlich bewusst.

Simon Oberbeck (CVP) ist weder grün hinter den Ohren, noch blauäugig. Liesse man sich in der Politik einfach von Emotionen leiten, dann könnte man sich einfach von Strömungen leiten lassen, kapitulieren und Fakten negieren. Das ist sicherlich nicht die Verantwortung von Politikern und des Landrats.

Der Redner betont, dass er nicht gesagt habe, dass einfach gebohrt werden soll. Aber: Die Petition ist eine Fundamentalopposition. Da kann man nicht mehr über Gut oder Schlecht diskutieren. Die Petentinnen und Petenten sagen deutlich, dass die Rütihard so bleiben muss, wie sie jetzt ist. Das ist eine emotionale Sichtweise; die Fakten sind unwichtig, resp. man verwendet einfach die, welche genehm sind. Im Landrat sollen Fakten entscheidend sein.

Oskar Kämpfer (SVP) erinnert, dass die Rheinsalinen nicht nur dem Kanton Basel-Landschaft gehören. Die anderen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein werden sich auch noch ein kleines Mitspracherecht ausbedingen.

Selbstverständlich weckt ein solcher Entscheid Emotionen. Dies soll er auch. Der Redner freut sich auf die Auseinandersetzung, welche dann demokratisch entschieden wird. Aber es müssen Fakten vorhanden sein, damit die Personen, welche abstimmen, sich entsprechend informieren können. An Urs Kaufmann: Es ist unverständlich, dass die Professionalität der Verwaltung in Frage gestellt wird. Neben Strassen und Spaghettiwasser gibt es noch einen weiteren Abnehmer für Salz: Die Industrie. Diese braucht Salz in genau dieser Qualität und zwar noch lange. Die Industrie macht ihren Standortbestimmungsentscheid von der heutigen Diskussion im Landrat abhängig. Der Votant erinnert an einen Antrag im Landrat zu einer Kläranlage. Aufgrund dessen verbreitete sich grosse Unsicherheit unter den betroffenen Personen, was sie dazu veranlasste, ein Jahr lang keine Investitionen zu tätigen. In Abwandlung von Rechten und Pflichten ist auf den Nutzen und die Pflichten zu verweisen. Das Schweizer Volk hatte bislang grossen Nutzen von der eigenen Salzgewinnung. Die Frage danach, wo Salz am einfachsten gewonnen werden kann, muss ökologisch und ökonomisch betrachtet werden. Das leuchtet ein. Wenn man jetzt sagt, man solle unter Liestal zu bohren beginnen, würde die emotionale Komponente wohl noch stärker zum Tragen kommen. Der Stimmbürger braucht vernünftige Entscheidungsgrundlagen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) nimmt zu den Geländeabsenkungen Stellung: Diese werden mit dem Salzabbau in Verbindung gebracht, erfolgen jedoch auch auf natürlich Art und Weise. Zwischen Rheinfeldern und Möhlin senkte sich die Landstrasse ab. Darunter wurde nie Salz abgebaut. Es handelte sich um eine natürliche Absenkung. Die Übernahme von Garantien und allfällige Kostenfolgen der Schweizer Saline AG aufzubürden ist anmassend.

Mirjam Würth (SP) geht es einfach darum, dass 30 - 50 % des Salzes, das in der Saline gewonnen wird, bei uns auf der Strasse landet. Die Rednerin möchte dieses Salz nicht aus Italien oder Marokko importieren. Es geht darum, weniger Salz zu verbrauchen. Die Strassen zu räumen, welche für den ÖV wichtig sind, ist verständlich. Es ist aber nicht einzusehen, warum in allen Gemeinden alle Strassen schwarz geräumt werden. Der zweieinhalbfache Anstieg des Salzverbrauchs in den letzten 30 Jahren, trotz milderer Winter, gestiegenem Umweltbewusstsein und Verpflichtungen der Gemeinden, sich ökologischer zu verhalten, ist auch nicht verständlich. Bezüglich Emotionen und Fakten erinnert die Rednerin an die Abstimmung über Quellen im Laufental. Es ging um einen Deponiestandort. Die Abstimmung ging verloren, weil die Emotionen zu stark waren. Im Zusammenhang mit Salz kann etwas Ähnliches geschehen. Auch hier sind Menschen emotional betroffen. Man muss nicht so schnell abbauen. Es muss geschaut werden, wo und wie viel Salz verbraucht wird. Damit verringert sich die Gefahr einer Versorgungslücke um mindestens die Hälfte.

Rolf Blatter (FDP) möchte auf einige Aussagen der Vorredner replizieren. Es sei nicht erforderlich, dass sämtliche Bundes-, Kantons- und Gemeindestrassen schwarz geräumt werden müssten, wurde gesagt. Dies ist ohnehin nicht der Fall. Viele Gemeinden verwenden nur Splitter oder räumen gar nicht.

Ein Einsatzgebiet für Salz ist auch die Pharmazie und Medizin, neben der Industrie, dem Aufbau- und dem Nahrungssalz. Beispielsweise die Kochsalzlösung, die gewisse Patienten benötigen, kommt ebenfalls von den Schweizer Salinen AG.

Die Salinen müssen dort bohren, wo Salz vorhanden ist. Sie können nicht dort bohren, wo gerade Leitungen vorhanden sind, die in die Salinen hinunterführen.

Weiter wurde gesagt, es existiere kein Plan B. Auch das stimmt nicht. Die Salinen arbeiten seit ihrer Existenz an der Evaluation von Gebieten mit Salzvorkommen. Es gibt einen Plan, der bis zum Ende des Jahrhunderts reicht. Darin ist enthalten, welche Gebiete nach Rütihard kommen. Irgendwann endet man im Bereich der Ajoie im Kanton Jura. Aber die geologische, technische und sicherheitsmässige Vorbereitung eines neuen Salzgebiets kann nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern braucht Zeit. Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt, dass die Vorabklärungen, Bewilligungen und im einen oder anderen Fall noch Einspracheverfahren 10 – 15 Jahre dauern. Deshalb besteht auch die Gefahr einer Versorgungslücke.

Wird weniger gesalzen, sind die Strassen schlechter befahrbar, und ergo gibt es weniger Verkehr. Das kann eine Strategie sein, aber sie funktioniert auch nicht. Der Redner hält fest, dass die FDP-Fraktion die Motion, auch umgewandelt in ein Postulat, in keiner Art und Weise unterstützt.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) dankt für die fundierte Diskussion. Er versteht, dass Emotionen mitspielen, ist jedoch dezidiert der Meinung, dass Fakten den Massstab bilden müssen. Das Thema soll nicht mit einer positiven oder negativen Grundhaltung angegangen werden, sondern mit einer objektiven. Der Regierungsrat hat den ersten Tatbeweis geliefert: Die Ausführungen zur Petition waren sehr umfangreich, ebenso wurde die Interpellation detailliert beantwortet. Nicht vergessen werden darf, dass das Salzregal in der Verfassung steht und dem Kanton Basel-Landschaft gehört. Dieser ist neben Bex im Kanton Waadt Salzstandort. 26 Kantone sind bei den Schweizer Rheinsalinen dabei, und auch Basel-Landschaft ist durch ein Regierungsmitglied vertreten, wie die übrigen Kantone. Über Governance zu diskutieren, erscheint dem Redner hier nicht

zielführend.

Die FKD ist zuständig für die Konzession, jedoch nicht alleine – am Schluss entscheidet der Landrat und kann sagen, ob es richtig oder falsch gelaufen ist. Somit kann eine politische Gewichtung stattfinden. Innerhalb des Kantons gibt es eine saubere Trennung zwischen FKD und BUD. Die BUD ist zuständig für das Bewilligungsverfahren, die FKD für das Konzessionsverfahren. Es wurde aufgezeigt, wie die Verfahren ablaufen. Das Konzessionsverfahren ist im Gange. Das Interesse gilt der Aufbereitung der Fakten. Diese sind auch immer subjektiv angehaucht. Es werden zahlreiche Gutachten eingeholt werden. Es stellt sich die Frage, ob dies bereits im Konzessions- oder erst im Baubewilligungsverfahren erfolgen muss. Die Umweltverträglichkeitsprüfung gehört zum Baubewilligungsverfahren und nicht ins Konzessionsverfahren. Bei allen politischen Zielen muss das Richtige am richtigen Ort erfolgen. Der Regierungsrat wird ergebnisoffen und kritisch daran herangehen. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Motion als Postulat entgegengenommen wird. Der Regierungsrat will nicht den Anschein erwecken, dass er bereits eine Meinung gefasst hat. Die Fragen werden entweder im Rahmen des Konzessions- oder des Baubewilligungsverfahrens geprüft.

Die Unabhängigkeit der Experten wurde diskutiert. Viele haben an der Uni Basel studiert, und ein Professor hat sich bereits in der Zeitung geäussert. Es wird relativ schwierig werden, eine absolut unabhängige Expertenmeinung zu finden, weshalb es wichtig erscheint, welche Meinung sich die Politik bildet.

Das Gespräch mit der Bürger- und der Einwohnergemeinde Muttenz, mit den Petentinnen und Petenten und dem Gemeinderat Muttenz wird gesucht. Es wird ein Gefäss geben, um die Thematik zusammen mit den Rheinsalinen anzugehen. Die Frage ist, welches die Aufgabe des Kantons in der Runde ist. Er ist gewillt, seine Verantwortung wahrzunehmen und vermittelnd mitzuwirken. Die Schweiz schaut auf den Kanton Basel-Landschaft, da sie mit Salz versorgt werden will. Zum Plan B: Bei den Salinen Schweizerhalle geht es um 4,5 Mio. Tonnen Salz – da ist so schnell kein Plan B verfügbar.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Schlussabstimmungen*

Traktandum 20:

://: Mit 74:0 Stimmen stimmt der Landrat dem Antrag der Petitionskommission zu.

***Landratsbeschluss
zur Petition betreffend Anpassung des Konzessionsgebietes der Schweizer Salinen AG***

Vom 8. November 2018

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Von der Petition betreffend Anpassung des Konzessionsgebietes der Schweizer Salinen AG wird Kenntnis genommen.*
2. *Die verschiedenen Anliegen im Zusammenhang mit der Petition sollen zu gegebener Zeit im Rahmen der parlamentarischen Beratungen über den neuen Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und den Schweizer Salinen AG über die Rechte an den Salzlagern und Solen im Kanton Basel-Landschaft (Konzessionsvertrag) in der zuständigen Fachkommission bzw. den zuständigen Fachkommissionen geprüft werden.*

Traktandum 21:

://: Die Interpellation 2018/631 ist erledigt.

Traktandum 22:

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) sagt, die Regierung beantrage, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Dies wird bestritten.

://: Mit 43:31 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2018/465 überwiesen.

Traktandum 23:

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) sagt, die Regierung beantrage, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Dies wird bestritten.

://: Mit 34:43 Stimmen wird der Vorstoss 2018/468, auch nach Umwandlung in ein Postulat, abgelehnt.
